

# Auf der Suche nach linker Kritik an der Bildungspolitik: Ein Bericht vom Denknetz-Podium in Liestal

Von Michael Weiss

**Was läuft schief in der Bildungspolitik? Georg Geiger, Deutschlehrer am Basler Gymnasium Leonhard, ist sicher nicht der Erste, der sich diese Frage in den letzten Jahren gestellt hat. Die bürgerlichen Parteien, allen voran die SVP, haben an HarmoS, Frühfremd und der integrativen Schulung kaum ein gutes Haar gelassen. Georg Geiger jedoch steht politisch links. Trotzdem beunruhigen ihn die mit HarmoS einhergehenden Entwicklungen im Bildungswesen. Und er vermisst die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Bildungspolitik innerhalb seiner politischen Heimat. Eine Podiumsdiskussion sollte sie anstossen.**

## Der Rahmen

Das Podiumsgespräch, von dem hier berichtet wird, fand am 8. September 2015 im Theater «Palazzo» in Liestal statt. Vier Politikerinnen aus linken Parteien, alle mit bildungspolitischen Fragen vertraut, sollten der eingangs genannten Leitfrage nachgehen: Was läuft schief in der Bildungspolitik?

Eingeladen waren: Susanne Signer, frühere Schulleiterin an der Gottfried Keller-Orientierungsschule, SP-Politikerin und Schulrätin; Heidi Mück, BastA!-Grossrätin und frühere Regionalsekretärin des vpod im Bereich Bildung; Florence Brenzikofer, Landrätin, Parteipräsidentin der Grünen Basel-land sowie Sekundarlehrerin in Liestal; und schliesslich Regula Meschberger, Landrätin, Co-Präsidentin der SP Basel-land und Schulleiterin der Schulen Dorneckberg. Moderiert wurde die Veranstaltung im gut besuchten Palazzo von Georg Geiger sowie von Anton Hügli, dem früheren Rektor des damaligen Pädagogischen Instituts Basel.

Anton Hügli war es zgedacht, die bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte Revue passieren zu lassen. Vom Schulkonkordat von 1970 über den Bildungsartikel von 2006 und das HarmoS-Konkordat bis hin zum Lehrplan 21 wanderte er diese Stationen ab: Wie die Kantone 1970 die Grundlage für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich und damit die EDK überhaupt erst schufen. Wie 2006 86% der Stimmberechtigten den Bil-

dungsartikel annahmen, der in der Verfassung die Vereinheitlichung der Bildungsziele, des Schuleintritt und der Dauer der Schulstufen regelte (dass die Stimmbeteiligung bei mageren 20% lag, erwähnte er nicht). Wie mit HarmoS der Gedanke der Steuerung des Bildungswesens erstmals deutlich zu Tage trat. Und wie der Lehrplan 21 unter grösstmöglicher Umgehung eines politischen Diskurses und eines demokratischen Verfahrens in die Schulen transportiert wurde.

## Kritik an der Bildungspolitik? Weshalb?

Einige Pflöcke hinsichtlich der Frage, was in der Bildungspolitik falsch läuft, waren damit eigentlich eingeschlagen. Doch den vier Politikerinnen auf dem Podium war offenkundig gar nicht danach, ihre Diskussion darauf aufzubauen. Susanne Signer erklärte gleich zum Einstieg, dass sie den Titel der Veranstaltung falsch gesetzt fände und keinesfalls darüber zu diskutieren gedenke, was in der Bildungspolitik falsch laufe. Dies darum, weil die bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte durchs Band positiv zu bewerten seien. Die aktuelle Bildungsreform in Basel-Stadt erlaube es, die positiven Reformen, welche mit der Einführung der Orientierungsschule bereits aufgegleist worden seien, nun optimal umzusetzen. Auch Heidi Mück wollte nichts von Fehlentwicklungen im Bildungswesen wissen und wies lieber auf die Fortschritte hin, die hinsichtlich Chancengerechtigkeit erzielt

worden seien, insbesondere im Bereich der integrativen Schulung.

Nur wenig kritischer tönte es seitens der beiden Baselbieter Vertreterinnen. Zwar seien in der Umsetzung zum Teil auch grobe Fehler begangen worden, die Grundidee der Bildungsharmonisierung sei jedoch nach wie vor richtig. Immerhin benannte Regula Meschberger die hohe Belastung, welche die Lehrpersonen insbesondere im Bereich der Integration zu stemmen hätten und sie sprach sich gezielt für eine flexible Herangehensweise aus, die deutlich mehr Ressourcen erfordere.

Georg Geiger brachte daraufhin den Lehrplan 21, die mit der Kompetenzorientierung einkehrende Beliebigkeit des Unterrichtsinhalts und die Fokussierung auf überprüf- und messbare Fähigkeiten ins Spiel. Sowohl Susanne Signer als auch Regula Meschberger betonten daraufhin den geringen Einfluss des Lehrplans auf den praktischen Unterrichtsalltag und strichen heraus, dass die Methodenfreiheit, für beide eines der höchsten Güter schulischen Unterrichtens, weiterhin gewahrt bleibe.

Sie hoben sodann die grosse Freiheit hervor, welche die Lehrpersonen bei der Gestaltung ihres Unterrichts geniessen würden und die sie als Schulleiterinnen auch stets zu verteidigen bereit seien. Vieles im Lehrplan 21 lasse sich ausserdem gar nicht messen,

und Kompetenz sei schliesslich nichts anderes, als festzustellen, ob die Schülerinnen und Schüler das im Unterricht Behandelte tatsächlich beherrschten, also eigentlich gar nichts Neues. Von Georg Geiger auf die Checks angesprochen, welche fortan die Volksschule vermessen sollen, nahm Regula Meschberger die Kritik auf und sprach von einer Fehlentwicklung, wies die Verantwortung dafür jedoch deziert der bürgerlichen Politik beziehungsweise der Wirtschaft zu.

#### Da mischt der Saal sich ein

An diesem Punkt war das Publikum, waren vor allem die zahlreich anwesenden Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr willens, die Diskussion allein den vier Politikerinnen auf dem Podium zu überlassen. In leidenschaftlichen Voten widersprachen sie der Auffassung, die Methodenfreiheit bleibe mit dem Lehrplan 21 weiterhin gewahrt und berichteten stattdessen davon, wie ihre eigenen Schulleitungen ihnen vorschrieben, welche Unterrichtsformen im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 opportun seien und welche nicht.

Das Podium, insbesondere die beiden Schulleiterinnen, reagierte ungläubig. Niemals, so ihre einhellige Versicherung, würden sie selbst so agieren. Die Aufgabe von Schulleitungen bestehe schliesslich nicht darin, die Lehrperson in ihrer Unterrichtsausübung einzuschränken, sondern sie im Gegenteil in ihrer beruflichen Entwicklung zu fördern.

Diverse Stimmen aus dem Publikum machten jedoch deutlich, dass dies je nach Arbeitsort im Berufsalltag anders erlebt wird. Von einem Teilnehmer aus dem Kanton Bern war zu hören, dass jedem angehenden Schulleitungsmitglied die Frage gestellt werde, ob er oder sie bereit sei, Entscheide auch gegen den Willen des Kollegiums



durchzuziehen, und nur diejenigen als Schulleiterinnen und Schulleiter eingestellt würden, die dies bejahten. Sichtlich überrascht ob der Dichte der Aussagen, welche klar auf eine massive Einschränkung der Methodenfreiheit im Gefolge der laufenden Bildungsreformen hinwiesen, stellte Regula Meschberger fest, dass man dem unbedingt nachgehen müsse.

Auch die These, wonach die mit dem Lehrplan 21 einzuführenden Checks lediglich den Ansprüchen der politischen Rechten geschuldet seien, sonst aber für den Lehrplan 21 eigentlich keine Rolle spielten, blieb nicht unwidersprochen. Im Publikum sass mit Alain Pichard nämlich auch einer der schweizweit profiliertesten Kritiker des Lehrplans 21, und dieser wollte namentlich von Susanne Signer wissen, ob sie sich denn dessen bewusst sei, dass der Kompetenzbegriff, so wie er im Lehrplan 21 eingeführt wurde, einem Konzept folge, das inhärent auf eine Outputsteuerung ausgelegt und somit ohne Checks und Bildungsmonitoring gar nicht denkbar sei, welche im Übrigen auch von namhaften Bildungstheoretikern wie Kurt Reusser

(Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich) gefordert würden. Eine Diskussion über den ideologischen Überbau des Lehrplans 21 und des Kompetenzbegriffs im Allgemeinen wollte jedoch niemand auf dem Podium führen, offenbar hatten die Podiumsteilnehmerinnen eine solche auch nicht erwartet.

So erlaubte sich denn ein Lehrer aus dem Publikum, auf die Rolle der Schulleitungen zurückzukommen und bei Frau Signer nachzufragen, ob sie, die soeben eine Lanze für die Methodenfreiheit gebrochen habe, denn auch damit einverstanden wäre, wenn jemand im Unterricht, konkret im Fach Französisch, ein anderes als das offiziell vorgeschriebene Lehrmittel einzusetzen gedenke, weil ihn die Didaktik der Mehrsprachigkeit nicht überzeuge. Aber nein, das gehe selbstverständlich nicht, lautete ihre Antwort.

#### Kritik an den Pädagogischen Hochschulen

Grosse Bedenken äusserte das Publikum auch hinsichtlich der Rolle der Pädagogischen Hochschulen. Diese würden keineswegs die Herausbildung

**Abschlusspraktikum an der PH FHNW versuchsweise abgeschafft:**

*Anstelle eines Experten vor Ort ...*



FOTOLIA

*... tritt eine zweistündige Unterrichtssequenz auf Video. Als Feedback gibt es eine Note, die weder kommentiert noch begründet wird.*

mündiger Lehrpersonen fördern, welche sich situativ und selbstständig für geeignete Lernformen entscheiden könnten, sondern versuchten vielmehr, den Lehrerinnen und Lehrern die von den PHs propagierte Methodik als alternativlos hinzustellen; mit dem Resultat, dass zu viele der heute ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer nicht praxistauglich seien.

Hingewiesen wurde ausserdem auf die überaus grosse Machtkonzentration, die entstehe, wenn dieselben Vertreterinnen und Vertreter der Pädagogischen Hochschulen einerseits die «richtige» Unterrichtsmethodik definierten, andererseits diverse Schulen evaluierten und berieten und sich darüber hinaus auch noch an der Entwicklung von (zumeist wiederum als alternativlos präsentierten) Lehrmitteln beteiligten. Umgekehrt nehme die Qualität der Ausbildung immer mehr ab.

Ein anwesender Student der PH FHNW illustrierte das Gesagte anhand eines wahrlich denkwürdigen Beispiels: So sei kürzlich das Abschlusspraktikum an der PH FHNW versuchsweise abgeschafft worden. Anstatt einer vor Ort von Experten begutachteten Unterrichtseinheit müssten die Studieren-

den am Ende ihrer Ausbildung nun in Zweierteams eine zweistündige Unterrichtssequenz auf Video festhalten, davon ein schriftliches Protokoll erstellen und dieses einreichen. Als Feedback erhielten sie dafür eine Note, die weder kommentiert noch begründet werde.

### **Epilog**

Je länger die Veranstaltung dauerte, desto mehr gewann sie an Eigendynamik. Georg Geiger nahm sich als Moderator bewusst zurück und liess den Damm brechen, der das Podium anfangs noch vom Publikum abgeschirmt hatte. So wurde denn auch nach Ende der offiziellen Veranstaltung noch lange diskutiert, teils kontrovers, teils verständnisvoll, aber doch fast durchwegs interessiert.

Wie nachhaltig die Vertreterinnen und Vertreter einer linken Bildungspolitik die an diesem Abend deutlich geäusserte Botschaft der Basis verstanden haben, bleibt abzuwarten. Klar hingegen scheint, dass die linken Parteien betreffend Bildungspolitik in Zukunft genauer hinsehen müssen: Dass klassisch linke Forderungen wie jene nach Integration, Harmonisierung, Frühförderung, Tagesstrukturen und Chan-

cengerechtigkeit in Form von Schlagwörtern die bildungspolitische Diskussion beherrschen, sagt wenig darüber aus, wie diese Konzepte an den einzelnen Schulen tatsächlich umgesetzt werden. Und dabei geht es eben nicht allein um die von linker Seite zurecht immer wieder eingeforderten finanziellen Rahmenbedingungen, sondern auch um die Akzeptanz und Partizipation seitens der Lehrerschaft, welche all diese Reformen praktisch umzusetzen hat. Diese wiederum ist natürlich umso geringer, je mehr darauf beharrt wird, die Reformen auch dann umzusetzen, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen nicht gegeben sind.

Und während, wie es den Anschein macht, viele linke Bildungspolitikerinnen und -politiker sich nahe an ihrem Wunschzustand eines sozial gerechten Bildungssystems wähnen, schleicht sich unter den Deckmantel der Kompetenzorientierung das umfassende Bildungsmonitoring – und damit die Steuerung der Schulen auf der Grundlage standardisierter Tests – auf leisen Sohlen in die Schulzimmer. Diese Entwicklung droht die Qualität der öffentlichen Schulen, ähnlich dem angelsächsischen «Vorbild», unausweichlich auszuhöhlen. Die geforderte Chancengerechtigkeit läuft dadurch Gefahr, in einer Gleichheit der Chancenlosigkeit zu enden – zumindest für all diejenigen, deren Eltern sich keine Privatschulen leisten können.

Dieser Bedrohung muss sich eine sich als links verstehende Bildungspolitik bewusst werden, will sie auch in Zukunft eine attraktive politische Heimat für Lehrkräfte wie diejenigen sein, welche sich an diesem 8. September im «Palazzo» mit zum Teil markigen Worten Luft und Gehör verschafft haben.